

Talente blühen

Am 3. Dezember 2014 fand im Haus der Industrie eine von den Neos und der Industriellenvereinigung organisierte Veranstaltung statt, die das Thema Bildung unter den Aspekt „Talent zum Blühen bringen zu können“ stellte.

Nach einleitenden Worten¹ von **Mag. Matthias Strolz** (Neos) und **Univ. Prof. Dr. Christian Friesl** (Bereichsleiter Bildung und Gesellschaft bei der IV) hält **Univ. Prof. Dr. Konrad Paul Liessmann** ein Impulsreferat zum Thema „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Über den Widerspruch von Bildung und Wettbewerb“. Ein Bildungskonzept das sich am einzelnen orientiert, muss bestimmte Voraussetzungen vorfinden und vor allem über viel Geld verfügen, meint **Liessmann**. Derzeit stehe das Geld nur wenigen zur Verfügung, Arme hätten nach wie vor keine Chance. Bildung müsse immer von zwei Seiten betrachtet werden: welche Entwicklungsmöglichkeiten gibt es für den einzelnen und welche Ansprüche stellt die Gesellschaft. Diese beiden Punkte könnten nicht immer in Einklang gebracht werden. Das zeige sich heute, wenn gleichzeitig Individualisierung und Standardisierung gefordert werde. Untersuchen müsse man auch, was unter Individualisierung überhaupt gemeint sei. Früher sprach man von einer Auseinandersetzung des einzelnen mit der Welt und nannte dies Mündigkeit, dieser Begriff komme in der heutigen Bildungsdiskussion nicht mehr vor.

Liessmann geht dann auf die PISA Testungen ein, deren Wert er für äußerst überschätzt hält und kritisiert, dass sie nur wenige Kompetenzen messen, was der Vielseitigkeit völlig widerspreche. PISA berechne durchschnittliche Werte, der einzelne komme nicht vor. Die Länder traten aber in einen Punktwettbewerb ein, und der Unterricht sollte darauf ausgerichtet werden mehr Punkte zu erwerben. Zwischen Bildung und Wettbewerb gebe es aber einen unauflösbaren Widerspruch. In einem Wettbewerb müsse es Sieger und Verlierer geben, sonst werde er uninteressant. Das stehe im Gegensatz zur Aussage „Wir dürfen uns keine Bildungsverlierer leisten“.

Liessmann befasst sich dann mit der Chancengerechtigkeit. Im Begriff Chance stecke Zufall und Wahrscheinlichkeit, etwas kann eintreten oder nicht. Eine Chance könne man nutzen oder vorüber gehen lassen, das liege am einzelnen. Allerdings dürfe die Gesellschaft niemand die Chancen vor-enthalten. Nicht die Herkunft dürfe entscheidend sein, sondern die Leistung, die die Menschen erbringen.

Liessmann sieht in höherer Bildung kein ausreichendes Mittel um soziale Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Höhere Bildungsabschlüsse würden ihre Funktion verlieren, wenn sie von zu vielen Menschen erreicht werden und Zweifel an deren Qualifikation aufkomme. In zunehmendem Maße sehe die Universität eine Entwertung der Matura, diese stelle keine Studienberechtigung mehr dar. Einer Spezialisierung in der Oberstufe der Gymnasien steht **Liessmann** skeptisch gegenüber, sie führe zu einem verengten Denken. Die Meinung, dass höhere Bildung vor Arbeitslosigkeit schütze, stimme nicht mehr. Die sogenannten „brillianten Roboter“ werden in Zukunft nicht nur Hilfsarbeiter sondern auch Akademiker ersetzen. Der Bedarf an billigen Arbeitskräften im Dienstleistungssektor steige, das akademische Prekariat² wachse, ein Kampf der Talente stehe uns bevor.

In der folgenden **Diskussion** sieht **Matthias Strolz** keinen Gegensatz zwischen Wettbewerb und Kooperation, **Mag. David Landau** spricht sich gegen Wettbewerb, aber für eine Offenlegung der Talente aus. Eine **Teilnehmerin** aus Oberösterreichin fragt, ob Talentförderung unbedingt Akademisierung bedeuten müsse. Die **Vertreterin** des AMS meint, dass das AMS das korrigieren müsse was die Schule nicht schaffe und äußert sich sehr skeptisch, dass mehr Autonomie bessere

1 Besucht wurde der Vortrag von Liessmann, die Präsentation der Initiativen und die erste Podiumsdiskussion. Es folgte noch eine Diskussion mit Politikern.

2 inhomogene [soziale Gruppierung](#), die durch [Unsicherheiten](#) der [Erwerbstätigkeiten](#) gekennzeichnet ist.

Ergebnisse bringen könne. Ein **Vertreter** der Lerntafel verweist auf 25% Bildungsverlierer.

Im Anschluss werden 21 **Initiativen**³ vorgestellt deren Stände in der Pause besichtigt werden können.

Nach der Pause folgt die **Podiumsdiskussion** „Erneuerung von unten“ mit Dr. Hannes Androsch (Initiator des Bildungsvolksbegehrens), HR Mag. Heidi Schrodts (Bildung grenzenlos), Toni Kronke (Teach for Austria), Mag. Sibylle Hamann (Jedes Kind) Mag. DDr. Stefan Unterberger (Wiener Lerntafel), Dr. Christian Friesl (Lernstart Schule), Dr. Konrad Paul Liessmann).

Moderation: Doris Nentwich

Androsch zeichnet ein düsteres Bild. Österreich hinkt im internationalen Vergleich nach, fast ein Drittel der Schulabgänger/innen könne nicht sinnerfassend lesen und rechnen. Diese seien daher potentielle Sozialhilfeempfänger. An der TU könne nicht mehr mit Mathematik 1 begonnen werden weil Mathematik 0 vorgeschoben werden müsse. Maturanten könnten nicht 20% von 80 berechnen. 70% der Mütter seien berufstätig, die Zahl der Einzelkinder steige, es gebe aber keine ausreichende ganztägige Betreuung. Seit Jahrzehnten sei unser Bildungssystem nicht in der Lage darauf zu reagieren.

Liessmann sieht Handlungsbedarf, aber keine Apokalypse. In Österreich gebe es laut Umfragen eine hohe Zufriedenheit mit der Schule, auch von den Eltern. Außerdem sei die Jugendarbeitslosigkeit die niedrigste in Europa. Ein Problem sieht er bei der Schnittstelle Matura – Hochschule. Im Jahr 1905 war die Analphabetenrate 0,5%, heute liege sie bei über 20%. Die Schule schaffe es nicht mehr die grundlegenden Kulturtechniken zu vermitteln. Das sei aber eine wesentliche Voraussetzung um in der Arbeitswelt bestehen zu können.

Androsch kontert, dass die niedrige Arbeitslosenrate aus der niedrigen Geburtenrate resultiere.

Schrodts war Direktorin eines gut aufgestellten Gymnasiums in einem bürgerlichen Bezirk. Das habe gut funktioniert. Durch Bildung grenzenlos habe sie aber viele Bereiche kennen gelernt wo es gar nicht funktioniere. Es müssten Mindeststandards eingeführt werden um festzulegen, was jede/r am Ende der Schulzeit können müsse.

Für **Hamann** fehlt eine Instanz, die die Verantwortung für jedes Kind übernimmt. Das Schulsystem erreiche trotz hoher Ausgaben nur unterdurchschnittliche Leistungen. Kinder verlieren im Lauf der Schulzeit die Lust an der eigenen Leistung. Die Eltern müssten sich zu sehr um die Hausaufgaben der Kinder kümmern. Derzeit seien alle mit dem Jammern beschäftigt und es gehe nichts weiter.

Kronke meint, man müsse den Kindern mehr zutrauen. Viele Kinder wüssten gar nicht, welche Chancen sie hätten.

Unterberger beklagt, dass ein Großteil der Lehrer/innen den Kindern kein Deutsch beibringen könne. Eltern mit Migrationshintergrund wüssten oft nicht, wie sie ihre Kinder unterstützen könnten. Die Mathematikbücher seien alle für Kinder konzipiert, die Deutsch als Muttersprache haben. Da ändere sich seit Jahren nichts. Wenn Lehrer/innen eigene Unterlagen für ihre Schüler/innen gestalten, hatten sie größte Mühe die Kolleg/innen, Direktor/innen und Bezirksschulinspektor/innen zu überzeugen.

Für **Friesl** sind die Lehrer/innen wesentlich. Wir hätten zu viele Bildungsabbrecher, da sei es egal, dass wir international gut dastünden. Trennungen bedeuteten immer, dass Lehrer/innen Verantwortung abgeben können, daher sei die IV für längere gemeinsame Phasen. Außerdem sei die soziale

3 Siehe Beilage

Selektion zu groß. Die Direktor/innen und Lehrer/innen müssten die Verantwortung für die Bildungslaufbahn der Schüler/innen übernehmen. Der Bund solle einen Bildungsrahmen vorgeben, alles andere falle in die Autonomie der Schule. Das dürfe keine Nivellierung nach unten sein.

Hamann hält ein Plädoyer für eine gemeinsame Schule, die einfach kommen müsse. Es sei ein Irrglaube, dass eine homogene Gruppe bessere Ergebnisse erziele. Die Debatte sei aber ideologisch überfrachtet und mit zu viel Angst besetzt, das müsse sich ändern. Außerdem müsse es endlich ein Konzept für diese neue Schule geben.

Schrodt meint, dass es „die Gesamtschule“ nicht gebe. Man brauche eine inhaltliche Konzeption und müsse von dem derzeit sozial extrem ungerechten Bildungssystem wegkommen.

Liessmann versteht diese Argumente, man müsse aber ein gut durchdachtes Konzept haben, denn sonst würde sich nichts verändern oder es noch schlimmer werden. Derzeit steige die Zahl der Maturant/innen, ihre Leistungen werden aber immer schlechter und die Universitäten hätten große Probleme. Für ein Gesamtschulmodell wo es die Wahl für Latein ab der 3. Klasse gebe, wäre er sofort zu haben. Er verstehe den Wunsch nach einer Ganztagschule, er könne aber nicht etwas uneingeschränkt vertreten, was er selbst für sich nicht wählen würde. Er habe viele Bildungserfahrungen außerhalb der Schule gemacht. Wenn ein System so defizitär sei, wie es derzeit geschildert wird, solle man es dann noch auf den ganzen Tag ausdehnen?

Androsch meint, dass durch Islamisten gefährdete Jugendliche in einer Ganztagschule sicher besser aufgehoben wären. Das Nachhilfewesen müsse bekämpft werden, es sei außerdem eine Steuer-oase in Österreich. Eine Gesamtschule gebe es ja bereits, in manchen Regionen sei es die AHS Unterstufe, in anderen die Hauptschule/Neue Mittelschule. Derzeit würden weder die Begabten noch die Schwachen ausreichend gefördert werden. Aber der Weg sollte jetzt bald frei für eine Änderung sein.

Friesl bekennt, dass auch er mehr außerhalb der Schule mehr als im Gymnasium gelernt habe. Deshalb laute der Vorschlag der IV verpflichtende Kernzeit bis 15 Uhr 30, dann sei alles optional. Wichtig sei die Mittlere Reife im Konzept der IV.

Unterberger meint, dass es viele gute Ideen in den Köpfen der Lehrer/innen und Direktor/innen gebe. Sie müssten nur erlaubt werden und auch die Elternvertretungen sollten eingebunden werden.

Laut **Kronke** müsse das Kind immer im Zentrum stehen, die wichtigsten Akteure seien aber die Lehrer/innen.

Schrodt plädiert für ein Denken, das über eine Regierungsperiode hinausgehe. Man müsse endlich die Frage stellen „Was wollen wir erreichen“, nicht „Was wollen wir verhindern“.

Liessmann warnt davor, sich zu viel von der Politik zu erwarten. Jede Reform werde durch eine Unmenge bürokratischer Vorschriften verhindert.

Dr. Christine Krawarik